

Vivien A. Schmidt

Neoliberale Herausforderungen für Bürger und Staat

In der klassischen Vorstellung von Bürgerschaft existieren zwei philosophische Konzepte: Auf der einen Seite steht der liberal-individualistisch geprägte Bürger, auf der anderen Seite der republikanisch-gemeinschaftsorientierte. Der liberale Individualist handelt rational marktwirtschaftlich, sein Augenmerk liegt auf persönlicher Kosten-Nutzen-Maximierung. Der Republikaner hingegen sieht den Menschen eher als politisches Wesen, sein Augenmerk liegt daher auf der politischen Integration und Partizipation des Individuums innerhalb der Demokratie. Zusätzlich geht der liberale Individualist davon aus, dass er als Bürger gewisse unveräußerliche Rechte und Pflichten hat. Dazu gehören private, politische, aber auch soziale Rechte einerseits und Pflichten, wie das Abführen von Steuern, wirtschaftliches Handeln und Landesverteidigung, andererseits. Ein Republikaner würde die Bürgerschaft dagegen weniger über ihre individuellen Rechte und Pflichten definieren, auch wenn er generell davon ausgeht, dass es diese gibt. Ihm geht es aber mehr um das soziale und politische Engagement innerhalb des Staates, im Fokus stehen hier gemeinschaftliche Anliegen. Ausgehend von diesen verschiedenen philosophischen Betrachtungen der Bürgerschaft entstehen natürlich auch unterschiedliche Auffassungen von der Rolle des Staates. Der liberale Individualist sieht den Staat in erster Linie als Garant für Rechtssicherheit. Er soll seine individuellen Rechte, seine wirtschaftliche und persönliche Freiheit vor Übergriffen schützen, nicht mehr und nicht weniger. Für den Republikaner aber muss der Staat eine öffentliche Sphäre bereitstellen, die es den Bürgern ermöglicht, sich für das Allgemeinwohl und die öffentlichen Interessen einzusetzen.

Diese beiden Extreme sind freilich Idealtypen. In der Realität findet man in verschiedenen Ländern unterschiedliche Mischungen dieser Konzepte. Welche Philosophie jeweils den größeren Anteil hat, hängt von der kulturgeschichtlichen Entwicklung des jeweiligen Landes ab. Was beiden Konzepten, dem Liberalismus wie dem Republikanismus, aber gemein ist: Sie tendieren dazu, das Gemeinwesen vor den freien Markt zu stellen. Der Neoliberalismus aber stellt diese alte Hierarchie auf den Kopf und wirkt somit weit extremer als der klassische Individual-Liberalismus.

Befürworter des Neoliberalismus drehen das althergebrachte Verhältnis von Gemeinwesen und Wirtschaft also um. Ihr Ansatz: Wirtschaftliche Freiheit ist die Grundvoraussetzung für politische Freiheit. Dazu kommt der radikale Ansatz, dass strenge Kosten-Nutzen-Maximierung auf individueller Ebene letzten Endes dafür ausreicht, auch zum besten Ergebnis für die Allgemeinheit zu kommen. Aus neoliberaler Sicht sollte sich der Staat also so weit wie möglich aus dem Leben der Bürger zurückziehen, um größtmögliche wirtschaftliche Freiheit herzustellen – politische Freiheit würde dann automatisch folgen.

Anders formuliert: Der Neoliberalismus ist nicht nur eine Theorie der Politik der Marktwirtschaft, er ist vielmehr Demokratietheorie und Staatsphilosophie. Für ihn soll das Gemeinwesen in erster Linie dem Individuum dienen, die Gemeinschaft steht an zweiter Stelle. Dafür werden die öffentlichen Aufgaben extrem eingeschränkt. Da die individuelle Freiheit über allem steht, wird staatliche Macht als kollektive Beeinträchtigung der Wahlfreiheit des Einzelnen interpretiert. Neoliberale empfinden daher einen starken Staat

als inhärent gefährlich, da er in die Privatsphäre eindringt. So mischt er sich nicht nur in den freien Markt, sondern eben auch in die Wahlfreiheit der Bürger liberaler Demokratien ein (siehe Milton Friedman: *Free to Choose*).

Vereinfacht formuliert: Staatliche Kontrolle ist das Problem, die freie Wirtschaft ist die Lösung. Manche Neoliberale gehen sogar so weit zu behaupten, dass Märkte

Der Staat aus neoliberaler Sicht

prinzipiell unfehlbar seien, ganz im Gegensatz zu den Regierungen. Daher ist dem Staat in neoliberalen Theorien eher die Rolle eines eingeschränkten Schiedsgerichts zugewiesen. Traditionelle Staatsgebilde tendieren demnach dazu, Märkte zu zerstören, da durch ihre weitreichenden politischen Kompetenzen gewisse Interessengruppen wirtschaftliche Vorteile erhalten. Außerdem wird davon ausgegangen, dass Staatsbedienstete die ihnen verliehene Macht zum eigenen Vorteil ausnutzen und somit gegen das öffentliche Interesse verstoßen (wie bereits der Ökonom James Buchanan formulierte). Die Vorstellung, dass Träger öffentlicher Ämter in erster Linie eigennützig handeln, bricht natürlich mit der klassisch republikanischen Idee einer altruistischen, vertrauenswürdigen und dem Allgemeinwohl zugewandten Bürokratie. Der Neoliberalismus will die Individuen so prägen, dass sie regierbare, selbstdisziplinierte, und wirtschaftlich handelnde Menschen werden. Aber diese Prägung soll eben nicht durch aktive staatliche Intervention erfolgen, sondern indirekt, durch die Erzeugung von (wirtschaftlichen) Anreizen.

Eine im Zuge der Krise in der Eurozone zu neuer Bedeutung erstarkte Variante des Neoliberalismus ist der in Deutschland seit den 50er Jahren vorherrschende Ordoliberalismus. Dessen Ansatz besteht darin, die Märkte eher durch Gesetze als, wie im klassischen Neoliberalismus, durch Anreize zu steuern. Der Staat soll hier nicht

nur den Wettbewerb garantieren, sondern die wirtschaftliche Entwicklung, wo nötig, mit Regeln und Gesetzen lenken. In den Nachkriegsjahren durch das weitere Anwachsen des Wohlfahrtsstaates zunächst fast übersehen, erlebte der Ordoliberalismus seine Renaissance, als die Grundsätze der Geldwertstabilität der deutschen Bundesbank zu Leitlinien der Europäischen Finanzpolitik wurden. Vom Vertrag von Maastricht über den Stabilitäts- und Wachstumspakt bis hin zu anderen transnationalen Verträgen und Vereinbarungen geht es darum, mit Gesetzen und Regeln Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu nehmen.

Im politischen Bereich kann der Neoliberalismus mit verschiedenen anderen philosophischen Konzepten verbunden werden, um beispielsweise die Wirtschaft zu lenken, den Staat zu verwalten, ein Gemeinwesen aufzubauen oder die Wohlfahrt zu steuern. Je nach Verbindung kann das zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Gerade der deutsche Ordoliberalismus ist hierfür ein sehr gutes Beispiel. So wurde der Ordoliberalismus der 50er Jahre mit einem sozialdemokratischen Korporatismus (speziell im Arbeitsrecht und in der Wohlfahrt) kombiniert, und dies mit Erfolg.

In anderen Ländern wurden neoliberale Ideen mit konservativen Prinzipien verbunden, beispielsweise mit den »viktorianischen Werten« Großbritanniens unter Margaret Thatcher; aber auch mit weiteren sozialdemokratischen Modellen, beispielsweise in Skandinavien, wo neoliberale Elemente eingesetzt wurden, gerade um den Wohlfahrtsstaat am Leben zu halten. Um ein aktuelleres Beispiel zu bemühen: Tony Blair und seine Labour Partei nutzten gewisse neoliberale Ideen um einen »Dritten Weg« zwischen Thatchers konservativem Neoliberalismus und der klassischen Sozialdemokratie zu bahnen. Unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft sind hierbei unterschiedlich weit offen für

neoliberale Konzepte. So wurde die Finanz- und Wettbewerbspolitik der EU und der einzelnen Länder stark neoliberal geprägt, während die Wohlfahrtssysteme noch weitgehend auf sozialdemokratischen Prinzipien beruhen, auch wenn hier und da neoliberale Ideen eingearbeitet wurden. Auf diese Weise entsteht eine Synthese der Prinzipien, die Maurizio Ferrera »liberal neo-welfarism« getauft hat.

Die Konzeption des Staatsbürgers hat sich seit Mitte der 70er Jahre stark verändert. Als Gründe dafür sind vor allem der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems sowie die Ölkrisen zu nennen, die schließlich das Ende der sozialdemokratischen Ära einleiteten. In der Nachkriegszeit konnte man noch von einer Balance der Konzepte zwischen dem liberalen Individualisten einerseits und dem bürgerlichen Republikaner andererseits sprechen, eventuell mit leichten Vorteilen für Letzteren. In den 80er Jahren begann dann das neoliberale Zeitalter. Von da an entwickelten sich ca. alle 15 Jahre neue Spielarten des Neoliberalismus, die zu einem jeweils unterschiedlichen Verständnis der Konzeption des Staatsbürgers einerseits und der Rolle des Staates in der Wirtschaft andererseits führten.

In der ersten dieser Phasen in den 80er Jahren entstand ein sehr viel radikalerer Neoliberalismus als der Ordoliberalismus der 50er Jahre in Deutschland. Der Markt wurde an die allererste Stelle gesetzt und der Staat sollte sich nicht nur aus der Wirtschaft, sondern generell aus der Zivilgesellschaft zurückziehen. Verkörpert wurde diese Ansicht durch Margaret Thatcher, die der Ansicht war, dass freie Märkte nicht nur den Unternehmerngeist beflügeln würden, sondern auch die persönliche Freiheit. Zitate wie »So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht« oder »Die Bürger haben das Recht ungleich zu sein« machen Thatchers Standpunkt klar.

Die zweite Phase des Neoliberalismus begann Mitte bis Ende der 90er Jahre. Da

die europäische Rechte ihre Wahlversprechen, Größe und Regulierungsmacht des Staates zurückzufahren, nicht einhielt, entstand eine neue Strömung, die einen Ausbau der staatlichen Kompetenzen forderte. Ironischerweise wurde diese Strömung weitgehend von der politischen Linken, Blair in Großbritannien, Schröder in Deutschland und Jospin in Frankreich, angeführt. Der Neoliberalismus änderte hier sein Hauptwerkzeug. Anstatt dem Markt freien Lauf zu lassen, sollte er nun aktiv reguliert werden. Als Antwort auf die schädliche Politik der deregulierten Märkte der letzten Jahre engagierten sich die Regierungen nun aktiv, um neue Märkte zu schaffen, Märkte zu formen und Märkte zu festigen. Es entstand eine neue Denkweise im neoliberalen Milieu, die ich »liberal neo-statism« getauft habe. Während die Begriffe »neo« und »liberal« darauf hinweisen, dass das Staatswesen sich in Richtung Neoliberalismus bewegt hat, macht der Begriff »statism« klar, dass das Eingreifen des Staates in die Märkte ebenfalls Einzug gehalten hat. Ironischerweise waren es also die sozialdemokratischen Parteien, die mit ihren Reformen den Neoliberalismus erneuerten und am Leben hielten. Somit setzten sie fort, was die Konservativen in den frühen 80er Jahren begonnen hatten.

All das kann aber nicht richtig verstanden werden, ohne die Rolle der EU und ihre Liberalisierungspolitik, speziell seit Mitte der 90er Jahre, zu kennen. Auch wenn nationale Regierungen einen großen Einfluss auf die Neoliberalisierung eines Landes haben, kommt der größte Druck in diese Richtung doch von der EU. Um die wirtschaftliche Integration voranzutreiben, räumt die EU konsequent Hindernisse aus dem Weg, die der Vereinheitlichung der Märkte im Weg stehen könnten. In einigen Bereichen, wie beispielsweise der Wettbewerbspolitik oder der staatlichen Förderung, war die neoliberale Agenda Hauptantriebsfeder. Aber auch in Feldern, in denen die Rechtsprechung der EU begrenzt

ist, wie beispielsweise in der Arbeits- und Sozialpolitik, schaffte sie es, die nationalen Diskurse mit neoliberalen Werten zu beeinflussen. Stichworte sind hier: »Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit«, »gesteigerte Flexibilität von Arbeitsmärkten«, sowie Rationalisierung des Wohlfahrtsstaats aufgrund der »unhaltbaren Kosten angesichts erhöhter Lebenserwartung«. Mit der Krise in der Eurozone und dem »Europäischen Semester« (Strategie zur frühzeitigen Überprüfung nationaler Haushalts- und Reformentwürfe durch die Europäische Kommission, die Red.) kam es außerdem zu einer weiteren »Beschleunigung« des Neoliberalismus. Der Grund hierfür ist eine Europa-Politik, die ordoliberalen Austeritätspolitik mit einem neoliberalen Schwerpunkt bei den Strukturreformen verbindet.

Wie kann also die Beständigkeit des Neoliberalismus, auch nach der Finanzkrise seit 2008, erklärt werden, wo doch die Finanzkrise gerade durch neoliberale Ausschweifung bei der Öffnung der (Finanz-)

Flexibilität der neoliberalen Ideen – Lehrbeispiel für die soziale Demokratie?

Märkte vorangetrieben wurde? Und obwohl die Krise in der Eurozone anschließend durch exzessive ordoliberalen Austeritätspolitik verschlimmert wurde? Es gibt fünf Argumentationslinien, die den anhaltenden Erfolg neoliberaler Ideen seit den 80er Jahren erklären können. Diese habe ich auch in meinem Buch *Resilient Liberalism in Europe's Political Economy* beschrieben.

Zunächst muss die *Flexibilität der neoliberalen Grundprinzipien* genannt werden. Diese macht den Neoliberalismus extrem anpassungsfähig. So ist er sowohl mit geringer staatlicher Intervention als auch mit staatlicher Lenkung der Märkte vereinbar. Auch konnte er sich an das System der Hartwährung der 20er, dem Monetarismus der 80er sowie an die Verschuldungspolitik der 2000er Jahre anpassen. Als Zweites muss der *Unterschied zwischen*

neoliberaler Rhetorik und der tatsächlichen Umsetzung betrachtet werden, so beispielsweise das leere Versprechen, den Staat zu stützen und so Geld zu sparen. Diese Rhetorik ermöglicht es Neoliberalen, immer wieder auf die politische Bühne zurückzukehren. Drittens: *Die Kraft neoliberaler Argumentation bzw. die Schwäche der Alternativargumentation*. Viele der Argumente klingen, auch aufgrund ihrer Einfachheit, schnell einleuchtend. Es ist sicher einfacher, die Metapher der schwäbischen Hausfrau zu bemühen, um zu erläutern, dass Staaten genauso wie Privathaushalte sparen müssen. Schwieriger ist es hingegen, eine neo-keynesianische Argumentationskette zu vermitteln, die auf die Notwendigkeit höherer staatlicher Investitionen in Zeiten einer Rezession hinausläuft. Der vierte Punkt ist die *große Lobby, die hinter den neoliberalen Ideen steht*: Große Unternehmen, Banken, Medienkonzerne und auch einige Parteien. Fünftens ist noch die *Macht der Institutionen* zu nennen, die neoliberale Ideen propagieren. Ein Beispiel hierfür sind die vielen Verträge und die Stabilitätskriterien der Europäischen Union.

Die Frage, die sich also für die Sozialdemokratie stellt, ist, wie sie es schaffen kann, aus dem Schatten neoliberaler Denkweisen herauszutreten und selber wieder zu alter Stärke zurückzukehren. Dafür müssen die sozialdemokratischen Grundprinzipien neu überdacht werden. Es braucht neue Ideen, die wieder die Politik und nicht die Marktwirtschaft in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Überlegungen stellen. Außerdem ist es die Aufgabe der Sozialdemokraten, das Image staatlichen Handelns wieder in ein besseres Licht zu rücken, sozusagen eine neue »republikanische« Perspektive auf die Demokratie zu entwickeln, in der wieder die Politik entscheidet was gut für die Wirtschaft ist und nicht andersherum. Hier braucht es folglich ein Umdenken in der Konzeption der Märkte, weg vom reinen Wettbewerbsgedanken, hin zur mehr Kooperation. Außerdem sollten die

Bürger nicht mehr nur als rein ökonomisch-rational handelnde Einzelpersonen betrachtet werden, sondern als Mitglieder von Gemeinschaften, in denen Werte wie Vertrauen und Kollektivverantwortung Schlüsselbegriffe sind. Kurz gesagt: Die

beste Art und Weise der Hartnäckigkeit des Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen, ist die Erneuerung sozialdemokratischer Denk- und Handlungsweisen.

(Aus dem Amerikanischen von Julian Heidenreich)



Vivien A. Schmidt

ist Jean-Monnet-Professorin für europäische Integration und Direktorin des Center for International Relations an der Universität Boston. Zuletzt erschien *Resilient Liberalism in Europe's Political Economy* (Cambridge University Press, 2013).

vschmidt@bu.edu

Uwe Jean Heuser

Wie liberal ist der Neoliberalismus?

Die erste Spielart des Neoliberalismus ist rund 75 Jahre alt. Im Original war dieser »neue« Liberalismus der 40er Jahre die Idee eines staatlich geordneten Kapitalismus und hieß in Deutschland daher auch Ordoliberalismus. Dahinter stand die Erkenntnis der 20er und 30er Jahre, dass die Marktwirtschaft sich ohne staatliche Ordnung selbst überlistet. Starke Unternehmer schubsen Konkurrenten aus dem Markt und bilden Monopole, mit denen sie nach Herzenslust abkassieren. Und am unteren Ende der Gesellschaft bildet sich ein Ersatzheer an Arbeitslosen, das den Quell für soziale Aufstände und verheerende diktatorische Umtriebe wie den Nationalsozialismus darstellt. Also sollte der Staat fortan den Wettbewerb überwachen und ein Arbeitsmarkt- und Sozialregime schaffen, das jedem Willigen eine Chance auf Existenz-erwerb und mehr eröffnete. Aus dem Ordoliberalismus wurde in der deutschen Politik das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, wobei das Wort »sozial« im Vergleich zu heute kleingeschrieben wurde. Fairness und Stabilität waren die Ziele – und nicht etwa bestimmte Verteilungsergebnisse. Die Marktwirtschaft sollte sich einfach nicht mehr selbst den Boden ent-

ziehen: Das war die zur Selbsterhaltung nötige Grenze der Freiheit.

Dann folgten die Jahrzehnte des Staates. »Wir sind alle Keynesianer«, konnte Richard Nixon Anfang der 70er Jahre sagen. Mehr Wohlstand hieß im Westen mehr Staat, mehr Umverteilung, mehr öffentlichen Eingriff – bis die Ölkrisen der 70er Jahre der »Selbstbedienung« des Staates im Namen der Bürger ein Ende setzten. Zu dem Zeitpunkt hatten Professor Milton Friedman von der Chicago University und seine Mitstreiter in Amerika und Europa das Gegenkonzept schon fertig: Weder könne der Staat die Konjunktur steuern, noch könne die Geldpolitik mehr Wohlstand schaffen. Der Staat solle sich zurückziehen und den Markt zur Geltung kommen lassen. Einzig bessere Bedingungen für die Unternehmen (weniger Regeln, weniger Steuern) und Arbeitnehmer/innen (geringere Abgaben, bessere Ausbildung) könnten am Ende zu mehr Wachstum führen.

Diese Botschaft erhielt später ebenfalls den Namen »Neoliberalismus«, und natürlich reden wir heute von genau dieser Bewegung, wenn das Wort gebraucht wird. Die Frage ist: Wie liberal ist sie?